Medieninformation

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Ihr Ansprechpartner
Martin Strunden

Durchwahl
Telefon +49 351 564 30400
Telefax +49 351 564 30409

presse@smi.sachsen.de*

29.05.2018

Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2017 vorgestellt

Innenstaatssekretär Prof. Dr. Schneider: „Gesellschaftliche Entwicklungen und Sorgen der Menschen dürfen nicht verfassungsfeindlichen Extremisten überlassen werden“

Innenstaatssekretär Prof. Dr. Günther Schneider und der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV), Gordian Meyer-Plath, haben heute den sächsischen Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2017 vorgestellt. Dieser informiert über verfassungsfeindliche Organisationen und Gruppierungen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten, sowie über Spionageaktivitäten.

Es werden die verfassungsfeindlichen Entwicklungen in den Bereichen Rechts-, Links- und Ausländerextremismus, zum Islamismus sowie zu den „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ aufgezeigt.

Für den Rechts- und Linksextremismus veranschaulichen regionale Lagebilder die Situation in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Freistaates. Die einzelnen Ereignisse werden analytisch eingeordnet und bewertet. Darüber hinaus gibt der Verfassungsschutzbericht Ausblicke und Prognosen zur Entwicklung in den kommenden Jahren.

„Das Augenmerk des Verfassungsschutzes im Freistaat gilt allen Phänomenbereichen gleichermaßen. Wir können für Sachsen in keinem Bereich Entwarnung geben. Zwar gibt es rückläufige Entwicklungen beim links- bzw. rechtsextremistischen Personenpotenzial. Jedoch wachsen gleichzeitig die Erkenntnisse zu islamistischen Bestrebungen sowie zu ‚Reichsbürgern und Selbstverwaltern‘“, sagte Innenstaatssekretär Prof. Dr. Günther Schneider heute in Dresden.

„Die mit der hohen Anzahl an Asylbewerbern einhergehenden Herausforderungen für Staat und Gesellschaft, zunehmende Fragen nach der Gerechtigkeit in unserem Land sowie weltweit komplexer werdende Krisenherde und internationale Spannungen rufen auch bei unseren

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium des Innern
Wilhelm-Buck-Straße 2
01097 Dresden

www.smi.sachsen.de

Zu erreichen mit den Straßenbahnlinien 3,6,7,8,9, 11 und 13. Haltestelle Carolaplatz.

* Kein Zugang für verschlüsselte elektronische Dokumente. Zugang für qualifiziert elektronisch signierte Dokumente nur unter den auf www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html vermerkten Voraussetzungen.

Bürgern Sorgen und Ängste hervor. Schlimmstenfalls münden sie in Unzufriedenheit, Wut und Gewalt. Misstrauen gegen die etablierte Politik wird – von rechts wie von links und auch durch islamistische Protagonisten - zielgerichtet geschürt. Diese gesellschaftlichen Entwicklungen sind besorgniserregend und bereiteten auch im vergangenen Jahr den Nährboden für Extremismus. Der Rechtsstaat wird weiterhin konsequent durchgreifen, Täter ermitteln und bestrafen. Je entschlossener der Rechtsstaat auftritt, desto wirkungsvoller durchkreuzen wir Pläne, Straftaten und Ideologien von Extremisten“, so Schneider weiter.

In Sachsen hat sich zudem im vergangenen Jahr der Trend einer weiteren Zunahme islamistischer Bestrebungen fortgesetzt. Insbesondere der jihadistische Islamismus stellt die internationalen, nationalen und damit auch sächsischen Sicherheitsbehörden vor enorme Herausforderungen. „Der Verfassungsschutz ist auch hier ein wichtiges Frühwarnsystem, geht Hinweisen entschieden nach und kooperiert mit Behörden innerhalb und außerhalb Sachsens“, betonte der Innenstaatssekretär.

Hinweise für Ihre Berichterstattung:

Zur besseren Lesbarkeit erhalten Sie die vollständige Medieninformation mit detaillierten Informationen zu den Entwicklungen in den einzelnen Phänomenbereichen sowie veranschaulichende Tabellen und Graphiken als PDF-Datei zum Download im Anhang.

Den vollständigen Verfassungsschutzbericht 2017 finden Sie auf der Internetseite des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen:

http://www.verfassungsschutz.sachsen.de

Medien:

Dokument: Medieninformation anlässlich der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2017

Links:

Vollständiger Verfassungsschutzbericht 2017